

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 16 (1926)

Heft: 43

Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„Allerdings“, warf ich mich in die Brust, „und sämtliche Professoren der Welt haben sich bis heute vergeblich den Kopf darüber zerbrochen, wie der Nagel in mich hinein —“

„Ja, weißt denn nicht mehr, wie wir auf dem Oberanger g'spielt hab'n — du und ich und der Ebenmaier und der Nettelbixler —“

„Erlaube mal, in meiner heutigen Stellung habe ich für Kindereien —“

„Ja, Kindereien — weißt es noch, wie wir g'spielt hab'n: Was gibst mir?“

„Was soll ich dir geben“, sagte ich kühl.

— und weißt noch, wie der Ebenmaier g'sagt hat: „Was gibst mir, wenn ich die Rieselstein' ganz weit hinein ins Ohr stell?“ — „Meinst“, hat der Nettelbixler g'sagt, „des soll auch was sein — was gibst mir, wenn ich den grünen Glasschüssel ganz hinauf in d' Nasen schnups?“ — „Schneider übereinander alle miteinander“, hast du g'sagt.“

„Ich?“

„Windige Schneider übereinander“, hast g'sagt, „des is ja gar nix“, hast g'sagt, „was gibst mir, wenn ich den Nagel da verschlud?“

Ich wurde bleich. „Und habe ich dann wirklich —?“

„Natürlich hält'n verschludt, ich weiß ja noch wie heut“ —“

Ich atmete tief auf. „Hör mal, lieber Freund, das darf nicht bekannt —“

„Was gibst mir?“

„Nanu, warum kitzelst du mich in die Seite?“

„Einer der Herren hat doch nicht draußen alles abgelegt“, sagte der Museumsdiener, „sonst könnte nicht plötzlich dieser Nagel an dem großen Magneten —“

Wir sahen hin. Ein schmiedeeiserner Nagel mit sechs-fach abgeplattetem Kopf hing daran, mit der Spitze auf uns hinstarrend.

„Jaaja“, schrie Himmelstößler, „genau so hat er ausg'schaut, der Nagel, den du damals g'schludt hast!“

Ich fasste an meine Lende. Sie kitzelte mich. Ein kleines Loch war da in meinem Rock.

„Also was gibst mir, he?“

„Jetzt nichts mehr“, sagte ich und klappete zusammen. Ich war kein Fall mehr.

Aus der politischen Woche.

Die Hohenzollernfrage

ist in Preußen durch die Annahme des von der Regierung vorgeschlagenen Vergleichs vor dem Landtage vorläufig erledigt. Kaiser Wilhelm II. ließ durch Prinzessin Hermine, seine zweite Frau, einem Interviewer erklären, daß er nicht gedenke, seinen Wohnsitz nach Deutschland zu verlegen, wie ihm der Vertrag in sehr zuvorkommender Weise zugestellt. Dieser Entschluß ist läblich; aber sicher durch die Umstände bedingt. (Eine amerikanische Zeitung erhielt später die vielfagende Auskunft von Doorn, seine Majestät der Kaiser habe die Frage der Rückkehr nach Deutschland in die Hände der Vorsehung gelegt und könne darum keine weiteren Informationen geben.) Das Schloß Homburg v. d. H., das als künftiger Wohnsitz des Kaisers gedacht ist, liegt in der Nähe von Frankfurt a. M., einer Stadt, die Wilhelm II. nicht besonders grün ist und die den Flüchtling von Amerique kaum mit dem gewünschten Enthusiasmus begrüßen würde. Die 14 Millionen, die die Hohenzollern entzündigungslos enteignen wollten, mögen dem Kaiser auch zu denken gegeben haben, und noch hat der Sturm der Entrüstung gegen das generöse Abkommen, von den Kommunisten in Berlin zu leidenschaftlichen Demonstrationen benutzt, nicht völlig verebbt. Nein, die Zeit der Rückkehr des verbannten Kaisers ist noch nicht gekommen. Im Interesse der Ruhe Europas ist zu wünschen, daß sie überhaupt nie mehr kommen möge.

Die Republik erstarkt. Männer aller Parteien — von den Extremisten abgesehen — setzen sich für sie ein. So hat eben der ehemalige Reichskanzler und Zentrumsführer Dr. Wirth in Verbindung mit Reichstagspräsident Löbbecke eine großgeplante Zusammenfassung aller republikanischen Kräfte in die Wege geleitet. Diese Konzentrationsbestrebungen der deutschen Republikaner sind zu begrüßen im Hinblick auf die französisch-deutsche Annäherung, die eine starke deutsche Republik zur Voraussetzung hat.

Die Demission des preußischen Innenministers Severing

ist nicht als Sieg der Deutschnationalen zu bewerten, weil der Nachfolger im Amt, der Berliner Polizeipräsident Grzesinski, als Parteigenosse Severings die entschieden linksgerichtete Politik des preußischen Innenministeriums verbürgt. Severing, der sich aus Gesundheitsrücksichten zurückgezogen hat, bleibt eine wertvolle Reserve der republikanischen Parteien.

Mit gespanntem Interesse verfolgt die deutsche Öffentlichkeit den Verlauf der

Münchener Fehlemordverhandlungen, die gegenwärtig von der Untersuchungskommission des Reichstages geführt werden. Es gilt, die ungesühnten Mordtaten an einer ganzen Anzahl von linkspolitischen Persönlichkeiten aufzuhellen und dem gerechten Richter zu überweisen. Von der Münchener Rechtsopposition wurde die Sabotage-Parole ausgegeben; gegen den Leiter des Ausschusses, Dr. Levi, wurden sogar offene Drohungen ausgestoßen. So gestalteten sich die Untersuchungsverhandlungen anfanglich sehr schwierig. Die vorgebrachten Zeugen obstruierten nach Kräften. So erschien z. B. der nationalistische General Epp vor dem Ausschuß mit den Händen in den Hosentaschen, und Hauptmann Röhm erklärte gleich zu Anfang seines Verhörs, mit dem Levi (Dr. Levi) wolle er nichts zu tun haben. Für diese Unverschämtheit wurde er mit einer Ordnungsbüro von 300 Mark bedacht. In diesem Stile gingen die Verhandlungen weiter. Das Ergebnis steht noch aus.

Französische Innenpolitik.

Poincaré benutzte die gegenwärtige Gesetzspause im Stabilisationskrieg zu einem dreitägigen Besuch im Elsass. Er besuchte eine Reihe von Städten und inspizierte die Schulen, wo er mit Genugtuung die Fortschritte im Unterricht der französischen Sprache konstatierte. Dann hielt er Besprechungen mit Politikern und Verwaltungsmännern ab. Das Elsass ist das Sorgenkind der französischen Innenpolitik. Die Elsässer haben eben noch andere Wünsche als die, recht bald französisiert zu werden. Sie möchten möglichst ungehemmt durch bürokratische Schikanen und wirtschaftliche Schranken sich entwindeln können und vor allem ihre Geschäftsbeziehungen über den Rhein hinüber wieder nach Bedarf pflegen können. Diese wichtigste Seite der Elsässerfrage hat sich Poincaré leider nicht angesehen; ja, er hat sie sich gar nicht zeigen lassen. Die Presse der Opposition bellagt sich darüber, daß der Ministerpräsident nur die nationalistisch gesinnten Standespersonen angehört und die linksgerichteten Parteien einfach ignoriert habe. Im Elsass besteht bekanntlich eine stark wachsende autonome Partei, die für ihr Ländchen die Selbstverwaltung anstrebt. Das Grenzland Elsass, so sagen sie, leidet als Tummelplatz der Nationalisten beider Länder; es wird hin und her gezogen und kommt nie zu einer wirtschaftlichen Ruhe. Diese kann ihm nur werden als neutralisiertes Gebiet, das von keiner Partei, weder von den Franzosen, noch von den Deutschen abhängig ist. Die Elsässer fühlen sich mit dieser durchaus begründeten Gesinnung im französischen Vaterland als verdächtig und als Bürger zweiter Ordnung angesehen, und nur ein kleiner Teil macht die Begeisterung mit, die Poincarés Reise auslöste.



Das von der Zyklonkatastrophe heimgesuchte Seebad Miami in Florida.

Die Kammer ist auf den 4. November zu ihrer ordentlichen Winteression aufgeboten. Das französische Budget pro 1927 sieht einen Einnahmenüberschuss von zirka 578 Millionen Franken vor. Der Franken hat immer noch steigende Tendenzen. Die Teuerung, d. h. die Anpassung der Inlandpreise an die Auslandpreise macht stetige Fortschritte.

In Bordeaux tagte kürzlich der Kongress der Radikalen, der der Politik Herriots fast einmütig zustimmte und beschloß, auch weiterhin das Kabinett Poincaré unterstützen zu wollen. An Stelle Herriots, der eine Wiederwahl ausgeschlagen hatte, wurde Senator Sarraut, gegenwärtig Minister im Kabinett Poincaré, zum Präsidenten der radikal-sozialistischen Partei gewählt. Caillaux verhielt sich loyal-neutral und sprach für die absolute Einigkeit der Partei.

Ein interessanter

Vorschlag zur Lösung der Schuldenfrage macht gegenwärtig von sich sprechen: Outren, der Abgeordnete von Indochina, schlägt vor, Amerika als Abfindung Rautschukkonzessionen in französisch Indien anzubieten. Es heißt, daß dieser Vorschlag in amerikanischen Finanz- und Bankerkreisen einen außerordentlich guten Eindruck gemacht habe. Die Amerikaner besitzen bekanntlich keinen eigenen Rautschuk und müssen ihn von den Engländern, die das Monopol besitzen, zu teuren Preisen ersterben.

Die deutschen Eisenbahnbölligationen sind nicht so leicht zu kommerzialisieren, wie sich die Politiker von Thoiry vorgestellt haben mochten. Die glaubten, die Rechnung ohne die Weltkapitalisten machen zu können. Sie werden nun desavouiert. Auch England, Belgien und natürlich Italien opponieren dem Plan von Thoiry mit der Versilberung der deutschen Eisenbahnaktien.

Trotzdem will Frankreich ernst machen mit dem

Abbau der Besetzung am Rhein.

Wie verlautet, wird es seine Militärmacht in den besetzten Gebieten in nächster Zeit um ein volles Armeekorps reduzieren.

Der englische Grubenstreik

ist immer noch nicht beendet. Die Grubenleute haben beschlossen, bis ans bittere Ende auszuhalten. Als letztes Pressionsmittel drohen sie mit der Stilllegung der Pumparbeit, die die Erfäulung der Gruben und damit deren Zerstörung zur Folge haben würde. Der Beschuß wird nicht ausgeführt werden, weil dies nicht in der Macht der Streik-

enden liegt. Die Regierung würde sofort mit ihrer Polizeimacht und der technischen Rothilfe eingreifen. Zudem sind die Pumpenmänner nicht in den Grubenleuten organisiert, und sie weigerten sich bisher auch, ihren Platz an den Pumpen zu verlassen.

Der Verzweiflungsbeschuß beweist, daß der Streik sich seinem Endstadium nähert. Die von den ausländischen Bruderorganisationen und verwandten inländischen Gewerkschaften erhofften Unterstützungen (Streik der Hafenarbeiter und Eisenbahner) werden kaum Wirklichkeit werden. Immer mehr Arbeitswillige kehren in die Gruben zurück; bis heute sind es zirka $\frac{1}{4}$ Million, gegenüber einer Million Streikender. Die Zähigkeit und Ausdauer der Arbeiter, aber auch die verbohrte Unnachgiebigkeit der Grubenbesitzer und die Untätigkeit der Regierung einem Konflikt gegenüber, der so tief in das Wirtschaftsleben des englischen Volkes einschneidet, steht

bisher einzig da in der Geschichte. Die Auswirkungen des Streikes werden aber auch von weltpolitischer Bedeutung sein.

Denn es ist nicht einzusehen, wie die von dem Großteil des englischen Volkes heute befürwortete Nationalisierung der Gruben umgangen werden kann. Auch bei der Niederlage der Grubenleute wird sie unausweichlich sein. Denn die Grubenbesitzer haben sich als zu rücksichtig bewiesen, als daß sie allein imstande wären, die Kohlenförderung wieder so weit zu reorganisieren, daß England mit dem Ausland konkurrieren könnte. Denn sie werden es nun mit einem gedemütierten, aber haßerfüllten und zur Sabotage entschlossenen Arbeitervolk zu tun haben, so daß sie ihrer stolz behaupteten Besitzerrechte nicht mehr froh werden können, namentlich auch darum nicht, weil sie sich auch die Sympathien des nicht borniert konservativ denkenden englischen Volkes gründlich verscherzt haben.

Eine Kundgebung für die Handelsfreiheit haben führende Männer der französischen, deutschen, italienischen und schweizerischen Wirtschaft der Presse übergeben, die als ein bedeutungsvoller Aufschwung zur kommenden Wirtschaftskonferenz nicht hoch genug gewertet werden kann. Das Manifest verlangt den Abbau der nationalen Zollschranken und aller übrigen, den freien Handel von Land zu Land hemmenden Einrichtungen. Denn sie schädigen nicht nur das „feindliche“ Volk, gegen dessen Handel und Industrie sie gerichtet sind, sondern auch das eigene, indem sie Gegenmaßnahmen rufen und so die Lawine des Protektionismus ins Absurde anwachsen lassen. Die Völker können heute nur gedeihen, wenn die Grenzwälle zwischen ihnen fallen, wenn der Handel freie Bahn hat und die Güter da holen kann, wo sie, von der Natur und den Umständen begünstigt, am billigsten produziert werden können. Das Aufpäppeln von Industrien, die nicht naturgegeben sind, das Aufrichten von Schutzzollmauern rings um lebensunsfähige Produktionszweige, hemmt die Gesundung des gesamten Wirtschaftslebens. Sie müssen erbarmungslos niedergeworfen werden. Auf die mutige Kundgebung, zu der schweizerischseits hervorragende Männer der Bankwelt und Industrie wie Professor Dr. Bachmann, Leopold Dubois, R. Sarasin und Sulzer-Schmid stehen, werden wir noch zurückkommen müssen.

Der Mitte Oktober tagende Kongress der Labour Party forderte in einer Resolution die Verstaatlichung der Gruben und lehnte den Achtstundentag für die Grubenleute ab. Macdonald wird von der Regierung ein Gesetz zur Enteignung von Land, das nicht bebaut wird, verlangen.